Deutscher Bundestag **Drucksache 15/4758**

15. Wahlperiode 27. 01. 2005

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Scheer, Rolf Hempelmann, Dr. Axel Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Michaele Hustedt, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/4514 —

Nationales Energieforschungsprogramm vorlegen

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Katherina Reiche, Thomas Rachel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/4507 –

Energieforschung zukunftsfähig gestalten

A. Problem

Zu Buchstabe a

Energieforschung kommt eine Schlüsselposition bei der Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung zu, die auf Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und Einspartechnologien basiert.

Zu Buchstabe b

Energieforschung soll eine schlüssige Perspektive für die längerfristige weitere Energieversorgung in Deutschland eröffnen, die den Zielen der Versorgungssicherheit, der Wirtschaftlichkeit, der Kostengünstigkeit und der Umweltverträglichkeit gleichermaßen Rechnung trägt. In den vergangenen Jahren wurden die Ausgaben des Bundes für Energieforschung um etwa 40 Prozent gekürzt.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich ein nationales, ressortübergreifendes Energieforschungsprogramm vorzulegen, das die mittelfristige Energie-Versorgung in einem Mix aus konventionellen und regenerativen Tech-

nologien zum Ziel hat. Zentrale Priorität sind Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energien und Energiespar-Technologien einzuräumen.

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu Buchstabe b

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein langfristig orientiertes nationales Energieforschungsprogramm aufzulegen, das die einzelnen Förderprogramme in sinnvoller Weise verzahnt und in Abstimmung mit der europäischen Forschung erfolgt.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/4514 – anzunehmen;

den Antrag – Drucksache 15/4507 – abzulehnen.

Berlin, den 26. Januar 2005

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Wend	**Dr. Joachim Pfeiffer**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer

I. Überweisungen und Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/4514 ist in der 148. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Dezember 2004 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/4507 ist in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Januar 2005 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen worden.

a) Antrag auf Drucksache 15/4514

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 52. Sitzung am 26. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme des Antrags empfohlen.

b) Antrag auf Drucksache 15/4507

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** (52. Sitzung am 26. Januar 2005) und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** (58. Sitzung am 26. Januar 2005) haben mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

a) Antrag auf Drucksache 15/4514

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich ein nationales Energieforschungsprogramm vorzulegen. Es müsse dazu beitragen, dass die Nachfrage nach Energie verringert wird. Den erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz müsse dabei Vorrang eingeräumt werden. Alle Sparten der erneuerbaren Energien seien gezielt zu fördern. Die nichtnukleare Energieforschung sei auf das Ziel einer nachhaltigen Energieversorgung auszurichten. Darüber hinaus solle auch Entwicklungsländern die Nutzung erneuerbarer Energien ermöglicht werden. Schwerpunktmäßig müsse es darum gehen, neue dezentrale Energiespeichertechnologien und „Stand-by"-Systeme mit photovoltaischer Energieversorgung zu entwickeln. Ebenso seien neue Entwicklungen bei der Hybrid- und Batterietechnologie aufzugreifen. Deutschland müsse bei der Stromspeichertechnologie und der Nutzung von Elektroantrieben wieder eine führende Position einnehmen. Unterstützt werden solle außerdem die Entwicklung klimaschonender Techniken zur Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohle sowie zur Minderung, Abscheidung und Verwertung oder Lagerung von Kohlendioxid. Der Mitteleinsatz in der Forschungsförderung müsse sich vorrangig auf erneuerbare Energien und die Energieeffizienz konzentrieren. Ziel müsse es sein, die mittelfristige Energieversorgung in einem Mix aus konventionellen und regenerativen Energien sicherzustellen und die Entwicklungspotenziale erneuerbarer Energien zu erschließen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechende Drucksache verwiesen.

b) Antrag auf Drucksache 15/4507

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/4507 wird die Bundesregierung aufgefordert, die Basis für eine breit gefächerte Energieforschung zu schaffen. Ein langfristig orientiertes nationales Forschungsprogramm solle die Bereiche der erneuerbaren Energien, der kohlenstoffbasierten Energie, der Kernenergie und Fusionsenergie einschließlich der jeweiligen technischen Infrastruktur abdecken. Technologieoffene Forschung und Entwicklung sei der politisch-strategische Schlüssel einer Energieversorgung für eine nachhaltige Entwicklung. Die Ausbildung qualifizierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sei eine Basisinvestition für weiteren technischen Forschritt. Im Einzelnen gelte es, die Zuständigkeiten für die Förderung der Energieforschung innerhalb der Regierung in einem Ressort zu bündeln. Die Fraktion der CDU/CSU empfiehlt diese Bündelung im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Deutlich angehoben werden muss nach Ansicht der Antragsteller die Förderung der öffentlichen Energieforschung als Grundlagenforschung. Mittel sollten sowohl für die Erforschung regenerativer und kohlenstoffbasierter Energien als auch für die Kernenergie bereitgestellt werden. Alle technologischen Optionen der Gewinnung von Energierohstoffen, der Energieerzeugung, der Speicherung und des Transportes sowie des Verbrauchs und der Entsorgung von Rückständen sollten offen gehalten werden. Die weitere Entwicklung der Kernfusion in internationaler Kooperation könne ab 2050 eine preiswert verfügbare, versorgungssichere und umweltverträgliche Energiequelle schaffen. Energieforschung sei mehr als ein Instrument nationaler Politik. Sowohl die Solar-, die Wasserstoff- und die Kernenergieforschung seien im europäischen und globalen Kontext zu sehen. Energieforschung sei nicht nur Technologiepolitik, sondern ein Beitrag für die Entwicklung stabiler ökonomischer und sozialer Strukturen im Interesse einer friedlichen Zukunft.

Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechende Drucksache verwiesen.

III. Beratung und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat die Beratung der Vorlagen in seiner 83. Sitzung am 26. Januar 2005 aufgenommen und abgeschlossen.

Der Ausschuss hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, dem Deut-

schen Bundestag die Annahme des Antrags auf Drucksache 15/4514 zu empfehlen.

Im Ergebnis der Beratungen hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/4507 zu empfehlen.

Berlin, den 26. Januar 2005

Dr. Joachim Pfeiffer
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333